Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7726**

16. Wahlperiode 15. 01. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Höfken, Nicole Maisch, Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/6788 –

Verbraucherfreundliche Lebensmittelkennzeichnung einführen

A. Problem

Fehlernährung und Übergewicht sind ein ernstzunehmendes, gesellschaftliches Problem geworden. Übergewicht wird für den Anstieg verschiedener Folgekrankheiten wie Bluthochdruck oder koronare Herzerkrankungen verantwortlich gemacht. Wenn es nicht gelingt, die falsche Ernährung schnell umzusteuern, werden die Folgekosten von bereits jetzt etwa 70 Mrd. Euro in den kommenden Jahren auf über 100 Mrd. Euro ansteigen. Für gute Ernährungsentscheidungen sind jedoch neben allgemeinen Ernährungsinformationen auch verbindliche und vergleichbare Informationen über wesentliche Nährstoffe wichtig. Dies soll durch ein Kennzeichnungssystem, das übersichtlich und auf einen Blick alle Verbraucherinnen und Verbraucher anspricht, erreicht werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/6788.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/6788 abzulehnen.

Berlin, den 12. Dezember 2007

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Manfred Zöllmer
Stellv. Vorsitzender

Julia Klöckner
Berichterstatterin

Volker Blumentritt
Berichterstatter

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Karin Binder
Berichterstatterin

Nicole Maisch
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Julia Klöckner, Volker Blumentritt, Hans-Michael Goldmann, Karin Binder und Nicole Maisch

Allgemeiner Teil

I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/6788** in seiner 126. Sitzung am 15. November 2007 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Angesichts von knapp 40 Millionen Bundesbürgerinnen und -bürgern mit Übergewichtsproblemen wird die Verantwortung des Staates für dieses Ernährungsproblem nicht mehr ernsthaft bestritten. Übergewicht wird für den Anstieg verschiedener Folgekrankheiten wie Bluthochdruck oder koronare Herzerkrankungen verantwortlich gemacht. Wenn es nicht gelingt, die falsche Ernährung schnell umzusteuern, werden die Folgekosten von bereits jetzt etwa 70 Mrd. Euro in den kommenden Jahren auf über 100 Mrd. Euro ansteigen. Für gute Ernährungsentscheidungen sind jedoch neben allgemeinen Ernährungsinformationen auch verbindliche und vergleichbare Informationen über wesentliche Nährstoffe wichtig. Dies soll durch ein Kennzeichnungssystem, das übersichtlich und auf einen Blick alle Verbraucherinnen und Verbraucher anspricht, erreicht werden.

Für die im Jahr 2007 in Kraft getretene EU-Verordnung über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben müssen in den nächsten zwei Jahren Nährwertprofile, die ein Lebensmittel erfüllen muss, von der europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) erarbeitet werden. Für die Erarbeitung von gesundheitsbezogenen Angaben werden drei Jahre eingeplant. Offene Fragen zu den Grundlagen der Ernährungsempfehlungen für einzelne Nährstoffe wie Zucker, zu Referenzpersonen und verbraucherfreundliche Darstellungsformen sind dringend zu klären.

Die Bundesregierung soll daher im Wesentlichen aufgefordert werden

– entsprechend der Ampelkennzeichnung der britischen Lebensmittelbehörde zeitnah eine unternehmensübergreifende, verbraucherfreundliche Kennzeichnung auf Lebensmitteln verbindlich vorzuschreiben,

– eine Studie in Auftrag zu geben, die offene Fragen zu den Grundlagen der Ernährungsempfehlungen für einzelne Nährstoffe wie Zucker und zu Modell-Referenzpersonen abschließend klärt sowie

– eine Informationskampagne zu starten, die die neue Lebensmittelkennzeichnung breiten Bevölkerungsschichten bekannt macht.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage auf Drucksache 16/6788 in seiner 46. Sitzung am 12. Dezember 2007 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/6788 in seiner 69. Sitzung am 12. Dezember 2007 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat den Antrag auf Drucksache 16/6788 in seiner 63. Sitzung am 12. Dezember 2007 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, dass sie den Antrag ablehne. So habe Großbritannien zwischenzeitlich von der vereinfachten Ampelkennzeichnung, die in dem Antrag gefordert werde, Abstand genommen, weil diese dem Ziel der Sensibilisierung der Bevölkerung für eine gute und ausgewogene Ernährung nicht zuträglich sei. Die aus der Ampelkennzeichnung resultierende pauschalierte Kennzeichnung von Lebensmitteln als geeignet oder ungeeignet verhindere auch notwendige Produktinnovationen. Ziel müsse sein, alle Bürgerinnen und Bürger durch ein notwendiges Maß an Lebensmittelinformationen über ihre Ernährungsgewohnheiten aufzuklären.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, dass auch sie die Ampelkennzeichnung ablehne. Man müsse vielmehr die Lebensmittel in ihrer Gesamtheit betrachten und insoweit ein handhabbares Lebensmittelkennzeichnungssystem anstreben, um möglichst alle Bevölkerungsschichten zu erreichen, wie etwa im Bereich der Lebensmittelkennzeichnung für Diabetiker. Dies gelte insbesondere für Lebensmittel speziell für Kinder und Jugendliche. Ergänzend sei eine entsprechende Aufklärung über Lebensmitteleigenschaften in Schulen und sonstigen Erziehungseinrichtungen notwendig. Der Aufforderung an die Bundesregierung, im Rahmen einer Studie offene Fragen zu den Grundlagen der Ernährungsempfehlungen für einzelne Nährstoffe wie Zucker oder Salz zu beantworten, schließe man sich an.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, sie lehne den vorliegenden Antrag ab. Eine Ampelkennzeichnung sei nicht gewünscht. Diese helfe weder dem Informationsdefizit im Lebensmittelbereich noch der Übergewichtsproblematik ab. Diese Problematik sei auch augenscheinlich nicht ausschließlich auf den Genuss bestimmter Lebensmittel, sondern vielmehr auf entsprechendes Sozialverhalten und mangelnde Bewegung zurückzuführen. Eine intensive Beschäftigung mit

dieser Thematik und eine Verständigung auf gemeinsame Positionen seien dennoch dringend notwendig.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bekräftigte, sie stimme dem Antrag zu. Eine verbindlich vorgeschriebene und einheitliche Kennzeichnung von Lebensmitteln sei zeitnah notwendig. Diese solle in Anlehnung an die britische Ampelkennzeichnung übersichtlich und auf einen Blick erkennbar sein. Entsprechende Vorschläge von Verbraucherzentralen erschienen vernünftig und sollten Berücksichtigung finden. Lebensmittelkennzeichnungen dürften nicht ausschließlich der Industrie überlassen werden. Der Abschluss entsprechender Vorhaben auf europäischer Ebene könne angesichts der bestehenden Übergewichtsproblematik nicht abgewartet werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte das vorgeschlagene System der Lebensmittelkennzeichnung. Diese seitens des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie der Ernährungsindustrie vorgeschlagene Lebensmittelkennzeichnung sei im Wesentlichen schwer verständlich und unklar. Ziel müsse sein, ein klares und übersichtliches Kennzeichnungssystem in Anlehnung an die britische Ampelkennzeichnung einzuführen, flankiert von einer wissenschaftlichen Studie und einer Informationskampagne. Der vorliegende Antrag sei wissenschaftlich abgesichert und werde auch von Verbraucherverbänden im Wesentlichen unterstützt, weshalb um Zustimmung gebeten werde.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 16/6788 abzulehnen.

Berlin, den 12. Dezember 2007

Julia Klöckner
Berichterstatterin

Volker Blumentritt
Berichterstatter

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Karin Binder
Berichterstatterin

Nicole Maisch
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333